



Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 28. September 2023

Antrags-Nr. 23-F-63-0097

Der Brückenschlag als Chance - Innenstadt entlasten, Verkehrswende vorantreiben - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 11.09.2023 -

Der durch die Havarie der Salzachtalbrücke bedingte Ausfall der A66 als schnelle Umfahrung bzw. Querungsmöglichkeit Wiesbadens hat die verkehrlichen Kapazitäten der Stadt an ein kaum mehr erträgliches Limit gebracht. Vor allem im Vorfeld und direkt nach der Sprengung der Brücke wurde die gesamte Bevölkerung, neben Autofahrer:innen auch die Nutzer:innen des ÖPNV, vor große Herausforderungen gestellt. Nun zeigt sich langsam Licht am Ende des Tunnels: Im Dezember 2023 soll die Südbrücke fertiggestellt werden. Danach stehen wieder pro Fahrtrichtung zwei Fahrstreifen zur Verfügung.

Die Wiedereröffnung der Salzachtalbrücke markiert für die Landeshauptstadt Wiesbaden einen Meilenstein für die Steuerung ihrer Verkehrslast. Mit ihr wird es möglich, zurückgestellte Maßnahmen der Verkehrswende anzugehen und eine verbesserte Lenkung für alle Verkehrsträger zu erreichen. Dazu gehört zum einen die Stärkung des Umweltverbunds, indem mittels gezielter Maßnahmen der Busverkehr verflüssigt und bestehende Lücken in der Infrastruktur für zu Fuß Gehende und Radfahrende geschlossen werden, um deren Sicherheit im alltäglichen Verkehr weiter zu erhöhen. Zum anderen gilt es, auch den Autoverkehr durch eine kluge Führung zu verflüssigen, Durchgangsverkehre um die Stadt zu leiten und die Erreichbarkeit der Innenstadt zu verbessern. Hierzu zählt auch ein attraktives Angebot an Parkhäusern, das Parksuchverkehre vermeidet. Inzwischen etablierte Schleichverkehre durch die stark belasteten Innenstadtviertel müssen wieder auf die äußeren Verkehrsverbindungen gebracht werden, um mehr Ruhe und Sicherheit für die betroffenen Anwohner:innen zu schaffen.

Die Brückeneröffnung wird bundesweite Aufmerksamkeit nach Wiesbaden ziehen. Diesen Anlass gilt es deswegen auch für das Stadtmarketing zu nutzen und die standortspezifischen Chancen eines nachhaltigen Mobilitätsmanagements, insbesondere für die lokalen Einzel- und Gastronomiebetriebe, herauszustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

1. verkehrslenkende Maßnahmen vorzubereiten, um nach der Eröffnung der Salzachtalbrücke zügig
 - a. innerstädtische Verkehre und Durchgangsverkehre konsequent von innen nach außen (1. Ring → 2. Ring → Autobahnen und umliegende Bundesstraßen) zu verlagern.
 - b. die Fußgängerfreundlichkeit, u. a. durch mehr Ampel-Grünzeiten, auch Standard-Grün für Fußgängerampeln, beginnend am 1. Ring, zu verbessern.
 - c. den Busverkehr zu verflüssigen. Dazu sind prioritär folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - i. Die Vervollständigung der Umweltspuren auf dem 1. Ring (Gustav-Stresemann-Ring beidseitig zwischen Friedrich-Ebert-Allee und Frankfurter/Berliner Straße);

- ii. Zugunsten der stadtweit bedeutsamen Linien 4 und 14
 - die Verstetigung der bisher gelb markierten Busspur in der Straße der Republik;
 - die Einrichtung einer Busspur auf der Biebricher Allee im Abschnitt zwischen Tannhäuser Straße und Herzogsplatz. Hierbei ist die Fahrbahn im Vorfeld zu ertüchtigen, um Erschütterungen für die Anlieger zu vermeiden.
 - d. durchgängige sichere Radverkehrsführungen auf wichtigen Verbindungsachsen herzustellen, beginnend in der Taunusstraße, Rheinstraße, Seerobenstraße, Coulinstraße und Schützenstraße (gemäß der StVV-Beschlüsse 0453 „Wiesbadener Standards für Radinfrastruktur“ und 0554 „Baustellenkommunikation und -koordination“).
 - e. verkehrsberuhigende Maßnahmen für die von den Ausweichverkehren besonders stark belasteten Viertel der Innenstadt und Biebrich den Gremien zur Entscheidung vorzulegen.
2. den Stand der Planungen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf den Hauptachsen vorzustellen (gemäß dem Appell der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister [BP 0069 vom 10.02.2022]).
 3. um die städtisch betriebenen Parkhäuser (zu denen ab 1.1.2024 auch das Parkhaus Luisenplatz gehört) in Verantwortung der WiBau attraktiver zu machen, geeignete Angebote zu entwickeln, die auch dazu beitragen, Parksuchverkehre zu verringern. Dazu sollen Maßnahmen (wie Kommunikation und Marketing, attraktive Preisstruktur, nutzerfreundliche Zugangswege) entwickelt und den Gremien vorgestellt werden.
 4. zu berichten, welche Aktivitäten die Autobahn GmbH zur Eröffnung der Salzachtalbrücke plant.

Beschluss Nr. 0365

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2023

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister